

Erinnerungsvermerk

über die Parteienverhandlung vom 9. Februar 1954, 16 Uhr,
im Bundeskanzleramt.

Anwesende: ÖVP: Bundeskanzler Ing. Raab,
Nat. Rat Dr. Maleta,
VBgmst. Weinberger,
Nat. Rat Gorbach,
Staatssekr. Graf

SPÖ: Vizekanzler Dr. Schärf,
Bund. Min. Helmer,
Bürgermeister Jonas,
Nat. Rat Dr. Pittermann,
Bund. Min. Dipl. Ing. Waldbrunner.

Raab eröffnet und ersucht um die Vorschläge der SPÖ.

Schärf wirft die Vertraulichkeit der Verhandlungen auf
im Hinblick auf die Mitteilungen der Oberösterreichischen
Tagespost vom gleichen Tag. Festlegung erfolgt keine.

Schärf resumiert über die letzten Verhandlungen vom
15. Jänner ds. J. Die Beschwerden über Waldbrunner seien
besprochen und die Meinungsübereinstimmung erreicht worden.
Offen bleiben die Schulbesprechungen und die Niederösterreich-
Frage. Die letzten Veröffentlichungen der ÖVP über die Ver-
handlungen wegen der Schulgesetze seien recht unangenehm.

Schärf geht über zur Frage der Arbeitslosigkeit. Die
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehöre zu den wichtigsten
Aufgaben der Regierung, da nicht nur die Winterarbeitslosig-
keit eine Rolle spielt, sondern bereits eine strukturelle
Arbeitslosigkeit besteht. In diesem Zusammenhange sei eine
Aktion zur Ermäßigung der Bankkonditionen besonders notwendig.
Das Wahlgesetz für Niederösterreich und Wien ist vordringlich.
In der nächsten Zeit kommt eine Reihe von Finanzgesetzen zur
Beratung (Schilling-Eröffnungsbilanz, Vermögenssteuer, Finanz-
ausgleich für Bund, Länder und Gemeinden). Im weiteren sind
sozialpolitische Maßnahmen zur Hebung der Lebenshaltung er-
forderlich (Renten in der Landwirtschaft, Entnivellierung der

Angestelltenrenten, 13. Monatsrente). Nicht vergessen darf werden auf die Reorganisation der Kreditinstitute (Statuten der Nationalbank und Organe bei den verstaatlichten Banken). Schließlich kommen die Wirtschaftsgesetze im Juni ds. J. zum Ablauf und muß darüber verhandelt werden.

Raab schlägt vor, diese Punkte der Reihe nach zu behandeln. Die unmittelbare Ursache der Besprechung, sagt er, seien die Beschuldigungen, die die SPÖ gegenüber der ÖVP im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit erhebe. Besonders die Angriffe auf Raab/Kamitz seien unerhört und steigerten sich bis zu einem Plakat, das im letzten Augenblick zurückgezogen wurde (Plakat mit dem Hungerraben). Auch die Gemeinde Wien könne bei dieser Kälte nicht arbeiten, aber dem Bund und Raab/Kamitz mache man zum Vorwurf, daß nicht gebaut wird. Wenn der Sozialminister so weitermacht, wird nächstes Jahr die Arbeitslosigkeit noch größer sein, da immer neue Anspruchswerber zuströmen (Landwirtschaft). Auch die Beschäftigung von Pensionisten spielt eine Rolle und in diesem Falle könne man der ÖVP überhaupt keinen Vorwurf machen.

Pittermann und Waldbrunner werfen ein, daß man gerade die Renten- und Pensionsstillegung von sozialistischer Seite einmal machen wollte, die ÖVP aber ungefallen sei. Waldbrunner verweist auf Verhandlungen im Parlament anlässlich der Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes, bei denen er den Sozialminister vertreten hat und bei welchen Raab auf Druck von Nationalrat Ludwig und Nationalrat Bock in der Frage der Renten- und Pensionsstillegung ungefallen sei.

Raab lenkt ein und geht auf das Arbeitslosengesetz über, aus dem die Bedürftigkeitsklausel herausgenommen wurde.

Schärf sagt, eine solche Klausel widerspreche dem Sinn einer Arbeitslosenversicherung.

Pittermann verweist darauf, daß von sozialistischer Seite Vorschläge für die Beschränkung der Anwartschaften auf die Arbeitslosenversicherung gemacht wurden, die kein Verständnis bei der ÖVP fanden.

Raab wird zornig und sagt, es ist unerhört, die ÖVP für die hohen Arbeitslosenziffern schuldig zu erklären, wenn es Sache des Sozialministers ist, die Ansprüche auf die Arbeitslosenrente zu beschränken.

Schärf: Man kann nicht immer von der Ausschaltung der Ansprüche reden, wie bei den Kriegsbeschädigten, wenn einem diese Ansprüche unbequem werden. Wenn Sie in der Öffentlichkeit behaupten, daß die ÖVP am Kutschbock sitzt und die anderen nur hinten mitfahren dürfen, wenn Sie sich die stolze Feder aufstecken und behaupten, daß alles von Raab und Kamitz gemacht wird, dann müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß Ihnen die anderen die Verantwortung für die Geschehnisse aufbürden.

Raab: Sie können nicht sagen, daß Kamitz schlecht gearbeitet hat, aber Sie greifen ihn an und wollen ein Plakat mit dem Raben herausbringen.

Graf: Das wurde zurückgezogen.

Gorbach: Eines ist in Villach aufgeklebt worden.

Schärf und Helmer erklären, daß letzteres nicht stimmt. Es wird vorgeschlagen, die Finanzgesetze zu besprechen.

Waldbrunner sagt, er habe mit Kamitz verhandelt, aber dieser kann noch nichts sagen, da ihm für das Schillinger-öffnungsbilanzgesetz noch die Stellungnahme der Handelskammer fehlt.

Raab: Ich stelle fest, daß auf dem Gebiet der Bauarbeit genug geschehen ist.

Schärf: Das wissen wir nicht und können es auch nicht bestätigen.

Raab greift wieder die Gemeinde Wien an, die angeblich die höchste Arbeitslosigkeit habe und - trotzdem der Finanzreferent über große Mittel verfügt - keine Gelder freigibt. Außerdem sagt Raab, können die Leute gar nicht zu den Bauten, wenn sie aufgefordert werden; auch beim Schneeschaukeln war es so.

Jonas widerlegt Raab an Hand von Beschäftigungsziffern.

Raab: Und welche Vorschläge haben Sie zur Behebung der strukturellen Arbeitslosigkeit ?

Schärf: Solange Sie am Kutschbock sitzen, erwarten wir von Ihnen solche Vorschläge.

Waldbrunner: Wir haben solche Vorschläge wiederholt gemacht, siehe Investitionsbegünstigung für Notstandsgebiete und die Verbilligung der Kredite. In der Nationalbank hat das Direktorium den Beschluß gefaßt und der Finanzminister ist dagegen. Das ist keine Forderung der Sozialisten, sondern der ganzen Wirtschaft.

Raab: Wenn man für die Vorfinanzierung von Bahnhofsbauten billiges Geld haben muß, dann werden die anderen Kredite teurer sein.

Waldbrunner: Wir haben noch keinen Groschen für Bahnhofsbauten bekommen, aber die Landwirtschaft hat schon 300 Millionen S zu billigsten Bedingungen erhalten.

Raab: Ich stelle fest, an der Winterarbeitslosigkeit sind nicht wir schuld.

Schärf: Am Winterfrost sind Sie nicht schuld.

Jonas: Wir haben jetzt über 10.000 Arbeiter auf den Bauten.

Raab: Wir kommen zur strukturellen Arbeitslosigkeit. Die Textilindustrie hat bisher die meisten und billigsten Kredite aus den ERP-Geldern bekommen und entläßt die meisten Leute. Daher ist die Theorie von billigen Krediten nicht richtig.

Pittermann: Die hohen Kreditkosten sind nicht nur beim Erzeuger, sondern auch beim Händler spürbar.

Raab: Die Liberalisierung muß durchgeführt werden und damit wirft sich die Frage der Zölle auf. Was werden Sie da machen ?

Pittermann und Waldbrunner: Das werden wir Punkt für Punkt prüfen.

Raab: Und jetzt kommen die Banken. Da lehnen wir jede Verantwortung ab. Sie sind bei den Banken in gleicher Stärke vertreten.

Schärf: Wir haben nirgends die Parität. Bei der Länderbank haben wir überhaupt niemanden.

Weinberger: Das bei der Länderbank ist ein Familienunglück.

Helmer: Das war ein unschöner Akt gegen uns.

Schärf: Die Verantwortung bei den Banken haben Sie solange, als wir nicht 1 : 1 stehen. Die Mitarbeiter der "Wiener Tageszeitung" können nicht unsere Vertrauensleute sein.

Raab: Wer hindert Sie denn an der Gleichberechtigung.

Schärf: Also ist es ausgemacht, daß bei der nächsten Generalversammlung die Parität hergestellt wird.

Raab: Die Aufsichtsräte kann man ergänzen.

Schärf: Auch die Vorstandsmitglieder müssen entsprechend bestellt werden.

Raab: Landertshammer kann man jetzt nicht auswechseln. Er kann es sich ja wieder überlegen, zu Ihnen zurückzukehren.

Schärf: Das hängt nicht von ihm ab.

Raab: Also gehen wir zu den Schulgesetzen.

Schärf: Wir sind mit den anderen Dingen noch nicht fertig.

Raab: Sie verlangen ganz neue Schulgesetze.

Schärf: Darüber ist mit Kolb ja verhandelt worden und Kolb muß wissen, wo er mit den Verhandlungen steht. Er hat bisher keine Gesetzesformulierungen vorgelegt. Ohne diese Unterlagen kann man ja schwer verhandeln.

Raab: Das hängt also mit der niederösterreichischen Sache und mit Handl zusammen.

Helmer: Es ist für uns unerträglich, daß Handl, der unser Unterhändler war, während der Verhandlungen gemäßregelt wurde. Man kann diesen Mann doch an seinem Platz lassen.

Raab: Das macht der Landeshauptmann nicht und ich kann es ihm nicht zumuten.

Helmer: Wenn man das Ihnen gemacht hätte, hätten Sie auch erklärt, das kann man Ihnen nicht zumuten.

Weinberger: Wir haben ja keinen Stellvertreter gehabt.

Jonas: Das stimmt nicht. Sie haben die Frau Jungwirth in Wien.

Helmer: Man soll den Mann wenigstens bis zur endgültigen Regelung beurlaubt lassen.

Jonas: Wenn man dem Beispiel Landeshauptmanns Steinböck folgt, dann muß man Frau Jungwirth auch abberufen.

Gorbach und Weinberger meinen auch, daß man Handl vielleicht weiter beurlauben soll.

Schärf: Ist das eine Prestigesache für die ÖVP geworden ?

Raab: Es ist so verkrampft.

Schärf: Sind wir froh, daß es nicht hier bei uns so ist.

Raab: Wenn eine Regelung mit den Schulgesetzen zustande kommt, dann wird sich auch der Fall Handl erledigen. Gehen wir über zur Verfassung.

Schärf: Wir müssen beide an die Lösung des niederösterreichischen Wahlgesetzes denken.

Raab: Was ist mit einem gemeinsamen Wahltermin für Wien und Niederösterreich.

Graf und Weinberger drängen auf einen gemeinsamen Wahltermin.

Jonas: Wir haben darüber noch nicht gesprochen.

Schärf weist auf mögliche Schwierigkeiten durch die Russen hin.

Raab: Das Gesetz ist im Parlament bald gemacht. Ich schlage vor, es mit Ende der Wintersession, das ist Ende März, zu verabschieden. Vielleicht kann man sich über einen gemeinsamen Wahltermin einigen. Geht der 24. Oktober ?

Jonas: Wir haben noch nicht gesprochen, ich glaube aber, daß der 24. Oktober zu früh ist.

Raab: Wann kann man die Antwort haben ? Wenn die Antwort nicht eilt, ist das Gesetz auch nicht eilig.

Schärf und Helmer sagen, es sei dringend, sonst kann man große Schwierigkeiten bekommen, weil man nicht übersehen kann, was die Russen vorhaben.

Raab: Wenn das Gesetz im März beschlossen wird, genügt das ?

Schärf und Helmer: Das ist unserer Meinung nach zu spät.

Graf: Wir haben sowieso bald März.

Schärf: Dieses Gesetz ist ein Bundesverfassungsgesetz und dann kommen noch Landesverfassungsgesetze. Das macht noch Schwierigkeiten genug.

Raab: Einen gemeinsamen Wahltermin möchte ich haben, dann bringe ich das Gesetz leichter durch.

Pittermann: Der Herbsttermin muß ja nicht jetzt genau festgelegt werden, aber Sie können damit rechnen, daß nicht im Frühjahr gewählt wird.

Raab und Weinberger: Man soll nicht zweimal wählen.

Helmer und Pittermann: Es wird nur einmal gewählt werden.

Helmer: Das kleine Gesetz muß man jetzt machen und soll es mit nichts belasten.

Raab: Ja, warum hat man dann die Bundesratsverteilung geändert. Wer hat das dem Herrn Bundespräsidenten eingegeben, daß er das getan hat.

Pittermann: Das ist vom Verfassungsgerichtshof geschehen und den hat Oberösterreich angerufen.

Raab: Sind das alle Ihre Fragen ?

Schärf: Die sozialpolitischen Dinge fehlen noch.

Raab: Wir machen alles, wenn Maisel das Geld dafür bringt.

Pittermann: Wir haben immer auch Bedeckungsvorschläge gemacht.

Raab: Auch für die Bauernpension sind sie.

Pittermann und Schärf: Ja, dafür sind auch die Abgeordneten der ÖVP.

Graf: Da hat auch noch die Landwirtschaft mitzureden.

Raab: Über die Angestelltenrente kann man reden.

Pittermann: Das allein genügt nicht.

Raab: Wir sollen das alles nur bewilligen und Maisel ist nicht imstande, eine Übersicht zu geben. In erster Linie wollen wir die Kinderbeihilfe machen.

Helmer: Wir wollen auch etwas machen, aber unsere Vorschläge.

Raab: Alles kamman der Wirtschaft nicht auf einmal aufladen. Maisel soll die Renteneinstellung vorschlagen.

Waldbrunner: Das sind Sie selber umgefallen. Ich war selber Zeuge, wie Bock und Ludwig Ihnen davonliefen.

Raab: Was ist mit den 95 Millionen S für den Wohnbau.

Schärf: Das gehört auf ein anderes Gebiet. Darüber brauchen wir als Parteien gar nicht reden.

Pittermann: Das Geld halten Sie zurück.

Raab: Ich schlage vor, daß man 5 Millionen der Landwirtschaft gibt und die übrigen 90 Millionen dem Handelsministerium.

Schärf: Dafür sind sie nicht gegeben worden.

Raab: Prinke und Slavik einigen sich immer wieder, alle Gelder des Wohnhauswiederaufbaufonds für Neubauten zu verwenden und zur Behebung von Teilschäden bleibt in Wien nichts übrig.

Schärf: Das waren Sie, Herr Kanzler, der gegen die Teilschädenbehebung auftrat. .

Jonas: Seit dem Sie die Neubauten vor den Teilschäden bevorzugten, geht auf dem Gebiet nichts weiter.

Schärf: Sie selber sagten damals, daß in 3 Jahren sowieso keine Teilschäden sein werden und daher für den Neubau eingetreten werden muß. Die ERP-Mittel sind nicht dazu da, um den Wohnhauswiederaufbau zu machen, sondern den Neubau von Arbeiterwohnungen und das gehört zum Sozialministerium.

Raab zankt sich mit Jonas, dem er ableugnet, gegen die Teilschädenbehebung gewesen zu sein.

Schärf: Wir haben uns noch über nichts geeinigt und daher liegt auch nichts daran, wenn wir uns auch über diese Sache noch nicht einigen.

Raab: Wenn man da zuhört, geht einem die Galle hoch, weil an allem nur wir schuld sind. Diese Gelder sind für die Behebung des sozialen Notstandes und dazu gehört die Behebung der Teilschäden.

Schärf: Das ist nicht richtig. Die Gelder sind ausdrücklich für den Arbeiterwohnbau gegeben und für die Teilschäden ist der Wohnhauswiederaufbaufonds vorgesehen.

Raab: Das ist ein Beispiel Ihrer Verhandlungsmethode.

Schärf: Im Gegenteil ! Es ist bezeichnend für Ihre Methode, selbstverständliche Dinge in Frage zu stellen.

Raab: Die Mittel sind der Regierung gegeben worden.

Schärf: Gelder der Regierung können nur mit der Zustimmung der ganzen Regierung vergeben werden und nicht nach den Wünschen eines Teiles derselben.

Jonas: Ich kann mich noch genau erinnern, wie ich bei den Verhandlungen mit Bundesminister Kolb erschüttert war, als die Teilschädenbehebung zurückgestellt wurde.

Raab: Ich bin ja kein Trottel und lasse mir nichts aufschwätzen. Sie alle wollen Konzessionen und wenn ich etwas vorschlage, sagen Sie nein.

Schärf: Es ist sicher unerträglich, daß solange nach dem Kriege soviele Teilschäden bestehen. Man muß sie halt bei der Vergabe der Mittel vorziehen.

Jonas: Da darf man halt heuer keine Totalschäden mehr bewilligen.

Raab: Das ist ja schon gesehehen.

Schärf: Ich kann auf diese Frage der Aufteilung der 95 Millionen heute keine Antwort geben.

Raab: Jetzt haben wir noch die personellen Sachen.

Schärf: Was haben wir da noch zu sagen? Wir haben uns ja das letzte Mal geeinigt.

Raab: In der Frage Übeleis haben wir noch Drohungen bekommen von Seiten der Eisenbahnergewerkschaft und des BSA.

Weinberger: Wir haben beim Verkehrsministerium Wünsche und darüber kann man nicht mit Herrn Schwitzer verhandeln, der für uns nicht kompetent ist.

Waldbrunner: Wir haben überhaupt keine Vereinbarungen, mit jemanden über Personalwünsche der ÖVP bei den Österreichischen Bundesbahnen zu verhandeln.

Weinberger: Beim Generaldirektor der Bundesbahnen bestand eine Vereinbarung mit der ÖVP, daß er zu ihrem Besitzstand gehört.

Schärf und Helmer: Das war nie der Fall und wir können uns keiner daran... erinnern.

Weinberger: Solch eine Vereinbarung besteht und man muß sich an Vereinbarungen halten.

Schärf: Eine solche Vereinbarung bestand nie, aber wenn es auch der Fall gewesen wäre, so hat sich derzeit einiges geändert u.zw. sind seit der Bestellung Seidlers zwei Koalitionspakete abgeschlossen worden und in denen steht davon nichts, obwohl über personelle Besetzungen in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung sehr viel in diesen Koalitionspaketen enthalten ist.

Helmer: Dr. Ott in der Direktion Wien ist jetzt bestellt worden. Er ist von Ihnen und ein führender Heimwehrmann gewesen.

Waldbrunner: Ott hat die größte Direktion bekommen mit mehr als der Hälfte des gesamten Bundesbahnpersonals.

Schärf: Wenn wir gewußt hätten, daß Seidler von Ihnen war, dann hätten wir ihn anders behandeln können. Einige Gelegenheiten waren dafür gegeben.

Gorbach und Weinberger: Die Übeleis-Sache ist nach wie vor offen.

Raab: Die Vereinbarung war nur gedacht unter der Bedingung, daß man sich über alles einigt.

Gorbach: Wie lange bleibt Übeleis noch ?

Waldbrunner: 1 Jahr.

Gorbach: Dann kann man doch heute über seinen Nachfolger einig und ein Vorschlag von uns kann berücksichtigt werden.

Jonas: Warum rollt man die Frage wieder auf, die letztes Mal schon abgeschlossen war?

Raab verwehrt sich gegen diese Auslegung.

Schärf: Ich bin mit dieser Meinung das letzte Mal weggegangen.

Raab: Wenn Sie wollen, daß mit Ihnen wegen der Tabak-Regie gesprochen wird, dann soll auch bei der Bahn mit uns gesprochen werden.

Schärf: Für den Mann bei der Tabak-Regie haben Sie ja einen Mann im Innenministerium bzw. im Dorotheum bekommen.

Gorbach: Geben Sie uns die Zusage, daß Sie in einem Jahr die Stelle des Generaldirektors der Bundesbahnen mit einem Mann von uns besetzen.

Schärf: Gibt uns der Minister Kolb eine Zusage, daß ein scheidender Sektionschef im Unterrichtsministerium durch einen Mann von uns ersetzt wird ? Dort haben wir 3 Sektionschefs gehabt und heute keinen. Übrigens kann man von einem Minister ein Jahr vorher gar keine solche Zusage verlangen.

Raab: Bei der Tabak-Regie haben Sie von der Eignung für die Stelle gesprochen und bei Übeleis sagen Sie nichts.

Schärf: Übeleis ist der Mann, der nach 1945 die Energien der Eisenbahner geweckt hat und mehr zustande brachte, als alle anderen.

Raab: Wir sind also wieder nicht weitergekommen.

Helmer: Wir sind schon weitergekommen, weil wir wenigstens über alles gesprochen haben.

Raab bricht um 18.25 Uhr ab. Die nächste Sitzung wird für Dienstag, den 16. Februar, vereinbart.